

Inhalt

Die demokratische Öffentlichkeit bespricht die Krise 1
 Die Linke: Kapitalismus gescheitert – machen wir's besser! 2
 Europas Flüchtlingspolitik 4

Internationale Finanzkrise

Die Presse betet den Kapitalismus gesund

Seit Mitte September ist klar: die Finanzkrise ist nicht bloß ein „amerikanisches Phänomen“. Sie kommt auch hier mit voller Wucht an. Da meldet sich Nikolaus Piper von der Wirtschaftsredaktion der SZ (18.9.) mit einer erstaunlichen Schlagzeile: „Der Kapitalismus lebt!“, und er fährt fort:

„Milliardenvermögen wurden vernichtet, eine Weltrezession kann nicht mehr ausgeschlossen werden. Die Kreditkrise hat sich erneut dramatisch verschärft... Sie ist aber, historisch betrachtet, keine beispiellose Krise, und schon gar nicht das Ende des Kapitalismus.“

Obwohl das niemals irgend jemand behauptet hat, drängt es den Abteilungsleiter ‚Wirtschaft‘ zu diesem Dementi: ein frohgemutes Lebenszeichen vom unverwüthlichen System Kapitalismus! Das Geld geht dahin, die Welt droht, erstmals seit fast 80 Jahren wieder in eine allgemeine Rezession abzugleiten, „aber“, so der journalistische Ordnungsruf: Halb so wild! Alles schon mal da gewesen! „Unser“ bekanntlich bestes aller menschenmöglichen Systeme lebt!

Ein eigenartiges Dementi der Brisanz der Krisenlage weltweit: Immerhin sind die historischen Krisen, „beispiele“ – die legendäre Weltwirtschaftskrise von 1929 wird da immer mehr zitiert – ja auch alles andere als ermutigend. Was nagt denn da an Herrn Piper, dass er meint, so beschwichtigen zu müssen? Sehr einfach: Er weiß selbst allzu genau, dass in freiheitlichen Gemeinwesen üblicherweise der Misserfolg am meisten gegen die erfolglose Sache spricht. Herr Piper ist ja bestens vertraut mit dieser Sorte ‚Logik‘ – schließlich hat er jahraus, jahrein seinem Publikum die fraglose Überlegenheit des Kapitalismus vorgebetet, abgeleitet aus dessen unschlagbarer Effizienz und unwiderstehlichem Erfolg in Geschäftsdingen. Der Erfolg ist jetzt dahin, und insofern besteht für Herrn Piper offenbar ein gewisser Erklärungs- und Einordnungsbedarf beim deutschen Publikum, der sofort von berufener Seite gestillt werden muss: Diese Krise ist keine des Systems, Systemkritik wäre also völlig fehl am Platz! Beim demokratischen Kapitalismus spricht der Misserfolg nicht gegen die Sache, sondern er ist Ausweis von Versäumnissen, und die sind woanders passiert, vor allem in den USA. Hauptsächlich den dort gemachten Fehlern haben wir die Einbrüche überhaupt zu verdanken. Die SZ:

„Krisen brechen immer dann aus, wenn Geld zu billig ist. Genau dies ist zu Beginn dieses Jahrzehnts geschehen... Viel billiges Geld löst Euphorie aus, der nach einiger Zeit unweigerlich die Depression folgt.“

Dafür muss man schon studiert haben, um zu erkennen, wie einfach das ist: Wenn's bergauf geht, geht's auch wieder bergab, nach Euphorie ist immer Katerstimmung, Amerika musste einfach in die Krise kommen, weiß

jetzt auf einmal der sachverständige Piper von der Süddeutschen:

„Mit dem Terminus ‚billiges Geld‘ lässt sich auch die Krise Amerikas umschreiben. Seit gut vier Jahrzehnten lebt die größte Volkswirtschaft der Welt über ihre Verhältnisse. Die Amerikaner konsumieren zu viel und sparen zu wenig. Das äußert sich in den Defiziten von Staatshaushalt und Leistungsbilanz, aber auch in den Budgets von Durchschnittsfamilien. Die können ihren Lebensstandard oft nur mit teuren Krediten wahren. Der letzte Exzess dieser Kreditkultur war der Boom zweitklassiger Hauskredite (‚Subprime Loans‘), dessen Ende im vergangenen Jahr die Krise ausgelöst hat.“

Wie das nur geht: 40 Jahre lang über seine Verhältnisse leben!? Aber klar, für einen promovierten deutschen Ökonomen addieren sich halt der größte Staatshaushalt der Welt, eine gewaltige Leistungsbilanz, Konsumentenkredite von Normalverdienern und das US-Hypothekenwesen zu einem einzigen gewaltigen Fehler in der amerikanischen Volkswirtschaft zusammen: Die Amis verbrauchen mehr als sie produzieren, und das schon seit 40 Jahren! Kein Wunder, wenn dann die notwendige „Depression“ ein bisschen tiefer ausfällt! Wenn in einer Volkswirtschaft „billiges Geld“, also für Banken günstige Refinanzierungsmöglichkeiten, dazu genutzt werden, Kredite an Leute zu vergeben, die sich diese – wie man bei der SZ schon immer wusste! – gar nicht leisten können, dann ist es kein Wunder, wenn die Wirtschaft kracht. Auch ein klares Wort über Sinn und Zweck von Geld und Kredit im Kapitalismus: Wenn mit Kredit Habenichtsen aus ihrer Finanzkrise geholfen wird, also mit ihrer Armut von Banken ein Geschäft gemacht wird, dann führt das nur zu einem „Exzess der Kreditkultur“ mit abschbar schädlichen Folgen. Wenn's nach dem Wirtschaftssachverständigen der SZ gegangen wäre, dann hätten am wenigsten die Leute einen Kredit verdient, die ihn am nötigsten hätten. Wer sich dagegen versündigt, trägt die Schuld am Krachen des Weltfinanzsystems!

Die Finanzkrise klärt das breite Publikum schonungslos darüber auf, dass die Ersparnisse des ‚kleinen Mannes‘ im Kreislauf des Finanzkapitals zirkulieren und Material sind für dessen – jetzt in Turbulenzen geratene – Manöver. Das hält in Expertenkreisen niemand für einen Skandal. Stattdessen stehen die Zeitungen voll mit Tipps, wie man das eigene Geld, das man sich zusammengespart und in der Hoffnung auf Vermehrung angelegt hat, über die Krise retten kann. Das deutsche Volk von Sparern und Kleinanlegern wird also nicht mit seinen Sorgen allein gelassen. Die Ratgeber von der Presse nehmen die deutschen Bürger an der Hand und begleiten sie durch die

→Fortsetzung Seite 2

GEGENSTANDPUNKT & Diskussion

Der Staat will die Banken retten – warum?

Jetzt, wo das Finanzsystem kollabiert, manche „banca rotta“ ist und sich Geldvermögen im Billionen-Dollar-Bereich in Luft auflösen, ist der Staat als Retter gefordert. Politiker und Meinungsmacher von rechts bis links finden das „neoliberale Dogma“ blamiert, demzufolge sich die Märkte selbst regulieren. Nur das „kraftvolle Handeln der politischen Macht“ könne die Katastrophe noch bremsen; der Staat muss endlich eingreifen. Allerdings ist die Auffassung, der Staat habe sich bisher aus dem Finanzsektor herausgehalten, insofern verkehrt, als der Staat in diesem Sektor und seinem Treiben immer schon drinsteckt. Die enge Symbiose des Privatgeschäfts der Banken mit der Obrigkeit etabliert überhaupt die Macht des Geldes über die Gesellschaft und damit die Macht der Banken, das ganze ökonomische Leben zum Mittel ihrer Profite und ihres Wachstums zu machen. Der Staat rettet, wenn er das Finanzsystem rettet, sein Geschöpf und sein Regime.

Rechte wie Linke reden von einer „Renaissance des Staates“ und prognostizieren eine „größere Rolle der Politik in der Wirtschaft“. Die Rechten im Ton der Warnung: Da drohe die Rückkehr des Sozialismus, den man doch längst überwunden habe. Zu viel Staatseinfluss werde die Kräfte des Marktes schwächen. Linke Wortmeldungen begrüßen eine stärkere politische Kontrolle über die (Finanz-)Wirtschaft als einen Schritt zum Sozialismus, den sie sich schon früher gewünscht hätten. Wissen beide Parteien überhaupt, wovon sie reden? Liegt denn nicht auf der Hand, wofür die „größere Rolle des Staates“ da zum Einsatz kommt? Für die Rettung des Finanzkapitals! Es geht um den Erhalt der akkumulierten Geldvermögen, ums Funktionieren der Banken und um die darauf gegründete Geldmacht dieser Nation im Gegensatz zu anderen Nationen. Das Ziel wie seine Mittel und Konsequenzen sind in jeder Hinsicht das Gegenteil von Sozialismus.

Alle Welt vergleicht die Lage mit „1929“: Das globale Finanzsystem sei in einem Zustand, der noch schlimmer sei als im Jahr des New Yorker Börsenkrachs zu Beginn der Weltwirtschaftskrise, die in den Zweiten Weltkrieg mündete. Aber, so die gute Botschaft, heute sei es anders. Die Staaten hätten ihre Lektion von damals gelernt und wüssten, dass in der Krise nichts wichtiger sei als Kooperation. Die heutigen Nationen würden ihre Banken nicht mehr auf Kosten der Banken der Nachbarn retten, nicht mehr ans Ausland gewährte Kredite zurückfordern, keine neuen Handelsbarrieren errichten, keinen Abwertungswettlauf ihrer Währungen lostreten. Von wegen! Die imperialistische Konkurrenz um die Verteilung des Schadens aus der Finanz- und Weltwirtschaftskrise und als Folge davon der Kampf um Aufstieg und Niedergang der Nationen fängt gerade erst an. Und zwar nicht überhaupt, sondern gezielt und auf Ansage, z. B. aus Deutschland: Finanzminister Steinbrück äußerte vor dem deutschen Bundestag am 25.9.2008 eine Vermutung:

„Niemand sollte sich täuschen: Die Welt wird nicht wieder so werden wie vor dieser Krise. ... Die Fernwirkungen dieser Krise sind derzeit nicht absehbar. Eines scheint mir aber wahrscheinlich: Die USA werden ihren Status als Supermacht des Weltfinanzsystems verlieren. Das Weltfinanzsystem wird multipolarer.“

Da werden Steinbrück und seine Leute schon ein wenig nachhelfen müssen. Ganz von selbst werden die USA ihren Status nicht abtreten.

Es gibt eine Menge zu erklären an dem Wahnsinn, dem der Normalmensch als Zaungast beiwohnt, für den er als mitdenkender Staatsbürger in Anspruch genommen wird und als Opfer eingeplant ist:

- Was hat der Staat von den Banken, dass er sie – koste, was es wolle – retten will? Was soll denn wieder funktionieren?
- Der Staat soll versagt haben bei der Kontrolle der Banken, ihnen viel zu viel Freiheit gelassen, jetzt kümmerer er sich – endlich – wieder darum. Stimmt das?
- Was ist das Verhältnis von politischer Macht und privatem Finanzgeschäft?
- Der Staat will die Banken mit Geld retten.

Wie steht es also um

Macht und Ohnmacht des Staates bei der Rettung des Bankensystems

Vortrag mit Diskussion

Referent: Dr. Theo Wentzke

Tübingen, Mittwoch, 17.12.2008,

Neue Aula, Wilhelmstr. 7, HS 1, 19.00 Uhr c.t.

Freiburg, Donnerstag, 18.12.2008, jos-fritz-café,

Wilhelmstr. 15/1, 20 Uhr

Stuttgart, Donnerstag, 11.12.2008, Altes Feuerwehrhaus Süd,

Möhringer Str. 56 (E.-Schoettle-Platz), 19:30 Uhr

„demokratische Öffentlichkeit...“ (Fortsetzung)

große Welt des Finanzkapitals, auf der Suche nach Antworten auf die Frage

„Ist das Geld der Sparer noch sicher?“

„Die 25 wichtigsten Fragen und Antworten für Anleger und Arbeitnehmer“ stehen in der SZ (17.9.). So lesen wir in Frage und Antwort Nr. 5:

„Was passiert, wenn eine deutsche Privatbank pleite gehen sollte? Dann greift der Einlagensicherungsfonds des Bankenverbandes. Ihm gehören die großen Bankhäuser sowie viele kleinere Institute an. ... Jedenfalls: Bei der Dresdner Bank z. B. sind konkret Spareinlagen bis zu 2,8 Milliarden Euro geschützt, und zwar pro Kunde!“

Na also, kein Grund zur Panik, als deutscher Sparer kann man aufatmen und sich beruhigt zurücklehnen! 2,8 Mrd. pro Kunde, eine Spitzenversicherung, das dürfte in jedem Falle reichen. Wir dürfen also getrost den Banken weiterhin unser Vertrauen schenken, vor allem den Sparkassen und Genossenschaftsbanken, bei denen „unser“ Geld sogar noch sicherer sein soll. Bleibt bloß noch Frage 8:

„Wann geht dem Einlagensicherungsfonds das Geld aus? Eine Frage, vor der die ganze Branche zittert – und deshalb keine Antwort gibt.“

Wie bitte? Wieso „zittert“? 2,8 Mrd. pro Kunde, das muss doch reichen! Also weiter:

„Unbestritten ist, dass die Sicherungssysteme ausreichen, um Pleiten von kleineren und mittleren Banken aufzufangen. Was passiert aber bei einer Pleitewelle? Bundesfinanzminister Steinbrück soll einmal erklärt haben, die gesamten Sicherungseinlagen aller Institute belaufen sich auf nur 4,6 Milliarden Euro... Branchenkenner raunen, die IKB wurde nur deshalb gerettet, weil die Einlagensicherung an ihre Grenzen gestoßen wäre.“

Aha! Der Sicherungsfonds darf also doch nur im Ausnahmefall in Anspruch genommen werden, sonst reicht er nämlich nicht! Wenn jetzt alle auf die Bank rennen, nützt das also gar nichts, das Geld ist eh nicht da! So bleiben wir ruhig, behalten unser Gottvertrauen in Banken und Politiker, dass sie alles Mögliche für unser Geld tun, dann hat man als deutscher Sparer die Lage am besten im Griff!

*

Die Finanzkrise ist auch für das Feuilleton einer Zeitung, die etwas auf sich hält, eine willkommene Gelegenheit, mal tiefer zu schürfen, bevorzugt in den Abgründen der Menschennatur. Ausführlichst breitgetreten worden ist ja nun, dass es die „Gier“ gewesen sein muss, die so unglaubliche „Blasen“ produziert hat, aber Gustav Seibt von der „Süddeutschen“ hat dazu noch einiges anzumerken. Er will nicht einfach gesagt haben, alles sei einer überbordenden „Gier“ zu verdanken. Darin wittert Seibt eine Tendenz zur Verurteilung, die ihm zu billig ist: Er will das ökonomische Verhalten von „uns allen“ nicht einfach an der Tugend der Selbstlosigkeit gemessen wissen. Tags zuvor hat er nämlich in der Bild-Zeitung gelesen:

„Sicherheit wird es nie geben. Gewinne und Spekulationen sind nicht von sich aus verwerflich. Sie sind Triebkraft unserer Marktwirtschaft.“

Das hat ihm eingeleuchtet und darum bricht er eine Lanze für den *gesunden*, sprich *systemdienlichen* Materialismus:

„Der derzeit kursierende moralische Hinweis auf die ‚Gier‘, welche an der Börse zuletzt ausschließlich regiert habe, ist so zutreffend wie nutzlos. Das Problem ist nicht die Gier. Gierig ist jedermann, vom kleinen Schnäppchenjäger bis zum Vorstandsvorsitzenden; ohne Gier würde das Wirtschaftsleben über den Naturaltausch nicht hinausgekommen sein.“

Man muss sich das also so vorstellen, dass „Gier“ als „Triebkraft der Marktwirtschaft“ unersetzlich und insofern eine *gute* Gier ist. So ein Bereicherungsinteresse ist ganz normal und menschlich, da unterscheiden sich Kapitalist und Lohnarbeiter nicht – auf seinen Vorteil ist schließlich auch derjenige bedacht, dessen Geldbeutel so knapp bestückt ist, dass er nach dem Billigsten sucht, oder?! Erst nach dieser Zurückweisung einer gar zu einfachen, „populistischen“ Kapitalistenschelte kommt Seibt zu einer „anderen Moral“, die es früher einmal gab und deren Verfall zu beklagen ist. Früher gab es mal „pedantisch-tugendhafte“, knauserige, asketische, eben: ehrenhafte Kapitalisten, die aber ausgestorben sind:

„Die ersten Kapitalisten hatten zähe, dürre, harte, vor allem aber verlässliche Seelen.“

An deren Stelle sind „volatil leichtfertige Manager“ getreten, die das kapitalistische System „von Arbeit auf Konsum“ umgestellt haben:

„Diese Umstellung hat langfristig einen neuen Menschentypus herangebildet. Das sind wir, die schwerelosen, heiteren und leichtsinnigen Bürger der Wohlstandszonen auf der nördlichen Hemisphäre des Erdballs.“

VERSUS im Internet:
<http://www.versus-tuebingen.de>

Jetzt kann sich jeder mal selbst angucken und sich fragen, ob er ein schwereloser, heiterer und leichtsinniger Konsument ist. Falls er das ist, könnte er sich eigentlich nur beglückwünschen – von Herrn Seibt bekommt er aber zu hören, dass nicht nur er, sondern überhaupt alle es sich *viel zu leicht machen*. Deshalb kommt einem Feuilletonisten die Krise mit ihren schweren Zeiten für die heiteren und leichtsinnigen Menschen gerade recht, nämlich als schmerzliches Heilmittel:

„Wenn die Menschen am eigenen Leib wieder erfahren, wie Geld und Arbeit zusammenhängen, dann kann das kapitalistische System, diese komplexe, großartige, freiheitsverbürgende Errungenschaft der Menschheitsgeschichte, vielleicht zu seiner ursprünglichen Ehrbarkeit zurückfinden.“

Das ist eine schöne Propaganda für den Kapitalismus! Dass dieses großartige System seinen *Geldreichtum* nicht entwickelt, um für einen allgemeinen Wohlstand zu sorgen, sondern auf der *Armut* derer beruht, die ihn zu erarbeiten und nicht zu konsumieren haben – das firmiert hier als sein *Gütesiegel*! Und die Krise des professionellen Geldschöpfens als Quell der Hoffnung: Wenn diese Krise jetzt die Leute bestraft, werden sie's vielleicht wieder kapieren, was die *schlechte* Gier ist, die sie befallen hat. Es ist die Gier nach dem *leichten* Konsum, und die hat verheerende Folgen. Eine ziemlich ehrliche und brutale Auskunft über die freie Marktwirtschaft. Aufschlussreich auch die Sehnsucht des Herrn Seibt nach den unangenehmen Menschen mit den „zähen, dünnen, harten Seelen“, wie er sich die Kapitalisten der ersten Stunde vorstellt. Die sollen zu ihrem Reichtum durch *Entsagung* – oder wie das Fremdwort dafür heißt: *Abstinenz* – gekommen sein, weil sie noch den „Wert des Geldes“ zu schätzen wussten. Sie haben sich also ganz und gar der Tugend des Geizes verschrieben, fanden Geld so geil, dass sie es *angehäuft* anstatt ausgegeben haben. Das sollten sich alle als Lehre aus der Krise ins Stammbuch schreiben. Einen „ehrbaren“ Kapitalismus muss man sich also so vorstellen, dass jeder seine Chance im Verzicht sucht, und wer es da am weitesten bringt, der kommt zu Reichtum. Man muss allerdings zugeben – der Vorschlag hat einen gewissen Charme: Wenn man von vornherein entsagt und sich nichts erwartet, bleibt einem auch die eine oder andere böse Überraschung erspart.

*

Der Kolumnist der Bild-Zeitung, Josef Wagner, hat ziemlich genau dasselbe Anliegen, er bringt es bloß schneller auf den Punkt:

„Lieber Sparer: Jeder gesparte Euro im Land ist sicher, garantiert die Kanzlerin. Das will ich schwer hoffen, auch für die Sparschweine unserer Kinder. Es ist die erste Bank des Kindes, man hortet späteres Glück. Es ist auch die Bank der Entsagung und des Verzichts. Beten und Sparen. Heute klingt das altmodisch, aber ich wuchs mit den Sprichwörtern auf: ‚Auf Sparen folgt Haben, Aus kleinen Bächen werden große Flüsse, Spare in der Zeit, dann hast du in der Not!‘. Wir leben nun alle in der Sünde des Verschwendens. Wir brauchen die Kultur des Sparschweins. Kinder, die auf Süßigkeiten verzichten, Kinder, die sich kein Playmobil kaufen. Das Prinzip Sparschwein rettet die Welt. Ihr F. J. Wagner“

So konstruiert sich ein intellektueller Anwalt des Volkes seine Adressaten als die Kindsköpfe zurecht, als die er sie haben will. Mit einer Ansprache an brutalste Verzichtsmoral ergreift er die Krise als Gelegenheit, dem kleinen Mann' jedes Alters Entsagung

Die deutsche Linke sieht sich bestätigt: Der neoliberale Turbo-Kapitalismus ist gescheitert! Wir wären bessere Manager!

Anhänger der „Zusammenbruchstheorie des Kapitalismus“ kündigen seit ewigen Zeiten die Selbsterstörung dieses Systems an. Von Marx wollen sie gelernt haben, dass es nicht darum geht, den Widersinn und die Arbeiterfeindlichkeit dieses Wirtschaftssystems zu kritisieren und es abzuschaffen, sondern darum nachzuweisen, dass es auf Dauer sowieso nicht bestehen kann. Seine Gegner, so diese revolutionäre Hoffungslehre, müssen nur warten können, um im rechten Moment auf der historischen tabula rasa etwas Neues zu errichten.

Ein Stück davon ist jetzt eingetreten. Das Finanzsystem zerstört sich selbst, die Macht des Geldes schwindet, der Lebensprozess der kapitalistischen Gesellschaft, alles Produzieren und Konsumieren wird rapide heruntergebrems. Stellt sich nun die freudige Erwartung des nächsten Kollaps ein? Setzt die Linke auf den lange prognostizierten Zusammenbruch, um auf den Trümmern der alten Welt endlich ihre neue zu bauen?

Keineswegs. Die Leute, die sich von *Attac* über *Die Linke* bis zur *DKP* links nennen, die sich im „Neuen Deutschland“, im „Freitag“, in der „Jungen Welt“ und der „Jungle World“ zu Wort melden, fänden einen solchen Standpunkt „völlig verantwortungslos“ (Pedram Shahyar, *attac*, Nürnberg, 15.11.08). Die Weltverbesserer nehmen die radikalste Krise seit Jahrzehnten zur Gelegenheit einer Klarstellung: Ihre Alternativen zum Kapitalismus, die alles besser machen sollen, was der schlecht macht, Alternativen also, die sich an allen Leistungsparametern des Kapitalismus bewähren und darin besser sein wollen als das Original, sind keine Alternativen *zum* Kapitalismus sondern Alternativen *in* ihm – und sie sind auch genau so gemeint. Wenn es darauf ankommt, bekennen sich die Leute, die immer sagen, eine andere Welt sei möglich, uneingeschränkt zur Verteidigung der Welt, die es gibt. Mag sein, dass nicht alle aus dem genannten Spektrum sich zu diesem politisch-praktischen Klartext verstehen. Er hat aber seine Konsequenz und ist in all den kritischen Diagnosen und Therapien angelegt, mit denen sie sich ihren Reim auf die laufende Katastrophe machen.

Es geht los mit einer schrägen Systemkritik

„Die Finanzkrise hat globale Auswirkungen. ... Die Folgen für die Beschäftigten, die Arbeitslosen, Rentner usw., für die Armen in dieser Welt, aber auch für den Mittelstand in den entwickelten kapitalistischen Ländern sind in ihrem ganzen Umfang noch nicht absehbar ... Der Kapitalismus hat die verheerenden Auswir-

als die Einstellung vorzubuchstabieren, die dem Bürger bestens zu Gesicht steht. Das Leben – ein permanenter Weltspartag! Natürlich weiß der Bild-Leser, dass F. J. Wagner ein wenig übertreibt und es auch ein bisschen ironisch meint. Aber Übertreibung und Ironie mal weggelassen: Es leuchtet schon ein, dass die Krise ein guter Grund ist, sich selbst und allen anderen vorzuhalten, dass sich in dieser Gesellschaft zwar alles ums Geld dreht, ein *Mangel* an Geld aber sehr wohl eine Auszeichnung sein kann: Dann gehört man auf jeden Fall nicht zu den „gierigen“ Bankern und ist ihnen, was die menschliche Seite angeht, weit überlegen. Das lässt die Banker zwar kalt und es ändert auch nichts an der Krise, nichts an ihren Gründen und ihren Folgen, aber um sie moralisch gefestigt über sich ergehen zu lassen, dafür sind solche Belehrungen der Herren Seibt und Wagner allemal gut.

Aus: GEGENSTANDPUNKT – KEIN KOMMENTAR im Freien Radio für Stuttgart vom 19. +26. November 2008 (überarbeitete Fassung) ◆

kungen dieser Krise erzeugt ... Krisen gehören zum kapitalistischen System.“ (Erklärung der DKP „in: kapital&krise, Beilage der Jungen Welt, 29.10.08)

Wichtig an der Krise findet die DKP die schlimmen sozialen Auswirkungen auf die Beschäftigten, die in guten Zeiten für den Gewinn der Unternehmen arbeiten dürfen; auf die Arbeitslosen, die das auch dann nicht dürfen; sowie auf „die Armen dieser Welt“, die auch in der Hochkonjunktur nichts zu beißen haben. Der Kritikwille wirft sich auf die *Verschlechterung*, die *Differenz* der krisenhaften Lebensbedingungen *zur Normalität des Kapitalismus*. Wie viel Parteilichkeit für den normalen Gang der kapitalistischen Dinge diese Krisenkritik enthält, verrät der süße Mittelstand, den die DKP auch zu den sozialen Opfern der Krise zählt. Diesen kleinen Kapitalisten (bis 200 Beschäftigte) vermagelt der Finanzcrash das redliche Ausbeuten, das in guten Zeiten so viel Segen in Form von Arbeitsplätzen stiftet. Die Vergleicherei stellt die Ausnahmesituation, die die Krise ist, in Gegensatz zur kapitalistischen Normalität, die dadurch als schutzwürdige Existenzbedingung zu Ehren kommt, als immerhin vergleichsweise akzeptable Lebensgrundlage für die armen Wichte, die sie hervorbringt.

Was die DKP zweitens interessiert, ist die Frage nach der Ursache: Wer oder was ist verantwortlich für diese verheerenden Auswirkungen auf unseren geliebten Alltag? Das kapitalistische System! Auch das ist eine Systemkritik, aber eine miese: Kapitalismus ist von Übel, weil er sein regelgerechtes Funktionieren nicht dauerhaft garantieren kann und aus dem guten Normalen heraus periodisch Abstürze drohen.

Statt dem System sein Nicht-Funktionieren vorzuwerfen, sollten sich die deutschen Kommunisten damit befassen, *was die Krise ist*, dann würden sie bemerken, dass in der Krise nur die zu dieser Produktionsweise gehörigen Widersprüche explodieren. In der Phase, in der das Wachstum des Kapitals an sich selbst scheitert, tritt der feindliche Gegensatz unvermittelt hervor zwischen dem Standpunkt der Kapitalisten und dem der Beschäftigten. In normalen Zeiten manifestiert sich der Gegensatz in knappen Löhnen, langen Arbeitstagen, Leistungsdruck und in einer schwankenden, stets vorhandenen Anzahl Arbeitsloser. In der Krise radikalisiert sich dieser Gegensatz: Kapitalisten, die aus Arbeit keinen Profit mehr schlagen können, lassen die Arbeit einstellen, die die Arbeitskräfte für ihren Lebensunter-

→Fortsetzung Seite 3

„Linke...“ (Fortsetzung)

halt brauchen; ein noch einmal wachsender Teil der Arbeitsbevölkerung kann von Lohnarbeit nicht mehr leben. In der Bankenkrise wird darüber hinaus deutlich, dass *alles* Produzieren – auch das Gewinnemachen der industriellen Kapitalisten – nichtig ist, sofern es nicht zur Quelle und Grundlage finanzkapitalistischer Bereicherung taugt. Krise ist die Phase, in der das Prinzip, dass der ganze Lebensprozess der Gesellschaft dazu da ist, um aus Geld mehr Geld zu machen, terroristisch gegen die Gesellschaft durchgesetzt wird: Das Produzieren und Konsumieren wird so lange und so weit zurückgefahren und unterbunden, bis sich alles wieder fürs Interesse der Kapitalverwertung re-arrangiert und die Profitmacherei von vorne beginnt.

Leute, die dem Kapitalismus hauptsächlich seine Krisenhaftigkeit, die Abweichung von seinem – dagegen als positiv verbuchten – normalen Funktionieren zum Vorwurf machen, wollen davon freilich nichts wissen. Sie fahnden lieber danach, ob er nicht auch ohne seine Krisen zu haben wäre. Joachim Bischoff, früher DKP, heute Linkspartei, formuliert den Übergang von der falschen Kritik des Systems zur Sorge um es mit Hilfe einer Dialektik von Allgemeinem und Besonderem:

„Die Instabilität von Finanzmärkten ist ein inhärentes Merkmal des Kapitalismus im Allgemeinen und des neoliberalen Kapitalismus im Besonderen. (Sozialismus, 2.10.08.)

Bischoff räumt ein, dass die Instabilität schon ein Webfehler des Systems sein mag, aber offen zutage tritt diese Schwäche erst, wo eine Variante der Wirtschaftspolitik – neoliberal! – sie verstärkt. Im Fokus der Kritik steht nun nicht mehr das kapitalistische System, sondern die neoliberale Irrlehre seiner wirtschaftspolitischen Verwaltung. Es geht nicht mehr um die kapitalistische Notwendigkeit der Krise, sondern um eine von schlechter Politik verursachte, ansonsten unnötige Fehlentwicklung.

Als nächstes wird der Verursacher an den Pranger gestellt: Neoliberale Wirtschaftspolitik hat den Kapitalismus kaputt gemacht.

Die Linken haben ihr Thema! Seit Jahren kritisieren sie den Turbo-, Kasino- und sonstigen Bindestrich-Kapitalismus, wobei der Wortzusatz stets eine Degeneration des gar nicht so schlechten Wirtschaftssystems anzeigt. Die große Welt hat nicht darauf gehört. Auf einmal kritisiert dieser verfälschte Kapitalismus sich mit seiner Katastrophe nun selbst; und den ignorierten Linken wächst wirtschaftspolitische Kompetenz zu. Sie freuen sich darüber und lassen sich gerne als Fachleute für Funktionsmängel des Kapitalismus interviewen.

Sie sonnen sich im Bewusstsein, mit ihrer Kritik am Neoliberalismus Recht bekommen zu haben – erstens von der Wirklichkeit höchstpersönlich und zweitens von kleinlaut gewordenen neoliberalen Gegnern. Recht bekommen – womit? Ist etwa ihre soziale Anklage bestätigt worden, dass der Neoliberalismus zugunsten der Profite die Arbeiter gezielt geschwächt, Arbeitslosigkeit und Armut vergrößert hat? Dass Ansätze zur Wirtschaftsentwicklung in der Dritten Welt durch die Liberalisierung des Welthandels zerstört werden? Dass der neoliberal entfesselte Kapitalismus in ruinöser Weise die Ressourcen der Erde verbraucht und das Klima zerstört? Alles das hat nichts gegolten! Jetzt, wo der Kapitalismus sich selbst gefährlich wird, das Finanzkapital und damit das ganze Wirtschaftssystem zusammenbricht, bekommen die Warner vor einer übertriebenen Liberalisierung Recht. Dieses Ergebnis haben die neoliberalen Wirtschaftspolitiker wirklich nicht gewollt. Den Blues, der sich darüber einstellt, nehmen Linke als Bestätigung ihrer Kritik! Haben sie es denn nie anders gemeint? Hat sie immer schon die Sorge um den Bestand und den Erfolg der kapitalistischen Ordnung getrieben, wenn sie Elend, Unterentwicklung und Umweltzerstörung verurteilt haben? So klar hingesagt wohl kaum. Sie können ihre sozialen und ökologi-

schen Anklagen nur eben nicht unterscheiden von einer Sorge um Bestand und Erfolg der Nation. Sie sind so sehr idealistische Anhänger des kapitalistischen Gemeinwesens, dass sie beides identifizieren und das eine für das andere sprechen lassen: Wenn der Reichtum der nationalen Wirtschaft wächst, sehen sie Chancen für den Wohlstand der Massen; wenn diesen aber Verarmung zugemutet wird, dann – so linke Warnungen – tut das langfristig auch dem Wachstum des Kapitals nicht gut.

Sahra Wagenknecht, Vorsitzende der kommunistischen Plattform in der Partei Die Linke, kennt sich da aus:

„Letztlich ist die aktuelle Finanzkrise nichts anderes als das Resultat neoliberaler Umverteilung: Durch die Senkung von Unternehmens-

GEGENSTANDPUNKT IM RADIO:

Freies Radio für Stuttgart, Reihe „GegenStandpunkt – Kein Kommentar“; zu hören jeden Mittwoch um 18 Uhr in Stuttgart terrestrisch auf UKW 99,2 MHz und im Kabel auf 102,1 MHz sowie weltweit unter http://frs.kumbi.org:8000/frs_stereo.ogg.m3u oder http://frs.kumbi.org:8000/frs_mono.ogg.m3u. Im Web nachzulesen unter <http://www.gegenstandpunkt.freies-radio.de>

Vermögens- und Spitzensteuersätzen sowie eine Politik des Lohn- und Sozialdumpings sind jene Rekordgewinne entstanden, die anschließend auf den Finanzmärkten auf der Suche nach immer höheren Renditen verspekuliert wurden.“ (Junge Welt, 15.10.08)

Sie nimmt es mit der Ursachenforschung nicht übertrieben genau; kümmert sich einfach nicht darum, dass auch durch verschärftes Lohn- und Sozialdumping erzeugte Rekordgewinne nie und nimmer an die Summen heranreichen, die jetzt an den Finanzmärkten zusammenbrechen. Es ist ihr egal, dass da schon eine etwas andere Art der „Wertschöpfung“ vorliegen muss, als die, die in Werkshallen zustande kommt. Aber was soll's? Für die gute Botschaft müssen Vereinfachungen erlaubt sein. Und wie sonst ließe sich überzeugend darlegen, dass die Steigerung der Ausbeutung den Ausbeutern selbst schadet? Sie wissen mit Rekordgewinnen nichts Besseres anzufangen, als sie zu verzocken. Wenn das Böse schon nichts nützt, könnte man es doch auch unterlassen – oder? So folgen aus einer guten Theorie immer auch gute Ratschläge:

„Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass eine Umverteilung zugunsten der Beschäftigten, der Rentnerinnen und Rentner sowie der Arbeitslosen auch das beste Mittel ist, um zukünftigen Finanzkrisen vorzubeugen“ (ebd.)

Das ist mal ein überzeugendes kommunistisches Argument für eine bessere Entlohnung der arbeitenden Armen: Sie bewahrt das Finanzkapital vor Überspekulation, glättet die Konjunktur und befördert in jeder Hinsicht die Stabilität unserer Ordnung.

Die Jungle World bietet den schönen Gedanken noch einmal kindgerecht:

„Wird den Kapitalisten zu viel Freiheit gelassen, untergraben sie die Grundlagen ihres Wirtschaftssystems. Sie verhalten sich wie kleine Kinder vor einem Eisstand. Ein Vierjähriger will unbedingt alle Kugeln probieren und von seiner Liebessorte gleich fünf Kugeln essen. Wird ihm der Wunsch gewährt, verdirbt er sich den Magen. Kommt er ein paar Tage später noch einmal an den Eisstand, erinnert er sich zwar an die Bauchschmerzen, aber da ist das viele Eis, und schon will er wieder alle Kugeln haben. Jemand muss dafür sorgen, dass er nur drei Kugeln bekommt. Das Kind mault, insgeheim aber ist es sogar dankbar, denn es ahnt, dass es sich selbst nicht vor den Bauchschmerzen bewahren könnte ... Die Kapitalisten würden maulen, wären aber insgeheim sogar ein bisschen dankbar, denn sie ahnen, dass sie als Klasse mit unbeschränkten Freiheiten unfähig sind, die Wirtschaft zu stabilisieren.“ (Jörn Schulz, jungle-world, 39/2008)

Wir verstehen: Interessensgegensätze im Kapitalismus verdanken sich dummer und kurzsichtiger Vorteilssuche, die sogar dem

schadet, der sich den Vorteil sichert. Wohlgezügelt herrscht schönste Harmonie der Interessen, mit etwas Maßhalten kommt der Ausbeuter zu seinem Profit, wie der Ausgebeutete zu seinem Arbeitslohn. Eine weitblickende Obrigkeit muss die Raffkes zu ihrem Glück zwingen, und letztlich wissen die selbst, dass sie das brauchen. Mit so viel Theorie ist der Praxis der „interventionistischen Linken“ aufs Beste vorgearbeitet.

Dann wird der Kapitalismus gerettet

„Auf kurze Sicht haben die Lohnabhängigen von einem Zusammenbruch des Finanzsystems nichts zu gewinnen, denn das würde das Ende des Kredits bedeuten. Und das Ende des Kredits bedeutet die Unmöglichkeit, die realen Aktivitäten der Produktion von Gütern und von Dienstleistungen zu finanzieren, also eine dramatische Beschleunigung der sozialen Krise. Es gibt daher keinen prinzipiellen Grund, sich der Rettung der Banken zu widersetzen.“ (Cédric Durand, Ligue Communiste Révolutionnaire, in Junge Welt, 29.10.08)

Niemand braucht eine erfolgreiche Spekulationsbranche so nötig wie die Lohnabhängigen. Und dabei behauptet auch der Linke aus Frankreich weder, dass diese Leute Nutznießer vergebener Kredite, noch, dass sie Subjekt der kapitalistischen Güterproduktion und ihrer Erträge wären. Sie hängen nur von den Geschäften ab, die andere untereinander und mit ihnen machen. Ausgerechnet wegen dieser negativen Abhängigkeit sollen sie sich stark machen für die Genesung der Banken. So ist das mit den revolutionären Kommunisten: Ihr erster Programmpunkt ist die Wiederherstellung des kapitalistischen Funktionierens.

Soweit die Gemeinsamkeit des revolutionären Anliegens mit Merkel und Steinbrück. Das Linke der linken Intervention ist damit nicht aufgegeben, es steckt im *Wie* der Bankenret-

Kritik und Anregungen an:
redaktion@versus-tuebingen.de

tung. „Die Zeit ist reif für eine neue Regulationsweise des Wirtschafts- und Finanzsystems.“ (Gretchen Binus, l.c.) Man glaubt es kaum, auch die Sanierung des Finanzkapitals lässt sich links, besser, sozialer, gerechter, demokratischer anpacken, als es die blamierten Neoliberalen tun. Und damit das auch passiert, hat sich ein „Bündnis gegen Bankenmacht“ aus Mitgliedern von *attac*, *GEW*, *IG Metall*, *Die Linke*, *Frankfurter Sozialbündnis*, *Antinazikoordination*, *DKP* und anderen“ gegründet, das den Mächtigen auf die Finger schaut: Nur mit „demokratischer Kontrolle“ kann die Rettung der Banken gelingen. „Das US-Beispiel zeigt, warum die Billionenhilfe vergebens war: Die Banken nutzen die Staatszuschüsse zum Stopfen ihrer Bilanzlöcher, anstatt damit Kredite an Privatleute und Unternehmen zu vergeben.“ (Jürgen Elsässer, Neues Deutschland, 24.10.08.). Gesellschaftliche Kontrolle sollte die Banken wohl zwingen, ihre Löcher ungestopft, fällige Zahlungen unbezahlt zu lassen und stattdessen reichlich neuen Kredit zu vergeben?! Die unfähigen Finanzpolitiker in Washington hätten halt Sachverständige aus dem linken Lager fragen sollen, zumal die noch mehr praktikable Vorschläge auf Lager haben.

Zweckmäßige soziale Bankenrettung statt der unwirksamen unsozialen

„Regierungen der EU konnten über 1.600 Milliarden Euro für die Banken locker machen, dabei fehlt seit Jahren zur Lösung existenzieller Krisen das Geld (Armut, Hunger, ökologische Katastrophe)“ (*attac* Flugblatt, 30.10.08).

Aus den Unsummen, die die Regierungen für die Rettung der Banken einplanen, schließen deutsche Linke nicht darauf, wofür im Kapitalismus zur Not Geld lockergemacht wird und wofür eben nicht, sondern aufs glatte Gegenteil: Das Geld, von dem die Mächtigen immer behaupten, es sei nicht da, ist die ganze Zeit da gewesen und hätte jederzeit für bessere Ziele ausgegeben werden können. „Ohnehin wird deutlich, dass die ganzen Be-

hauptungen, für Soziales wäre kein Geld da, nicht glaubwürdig waren.“ (Die Linke Flugblatt, 19.10.08)

Tatsächlich war das Geld nie und ist auch jetzt nicht einfach „da“. Regierungen stiften den Banken frisches Kapital und übernehmen Bürgschaften, die, wenn sie dafür eintreten und zahlen müssen, jeden Staatshaushalt sprengen und die Staatsverschuldung auf ganz neue Niveaus heben. Und auch das nur so lange, wie Regierungen Käufer für ihre vermehrten Staatsschuldtitel finden und nicht selbst den Staatsbankrott anmelden müssen. Die Euro-Staaten machen ihr Gemeinschaftsgeld unsolid und nehmen das Risiko seiner Zerstörung in Kauf. So viel ist dem Staat die Rettung des Finanzsystems wert, denn mit dem steht und fällt seine finanzielle Macht und das Funktionieren der Herrschaft des Geldes über die Gesellschaft. Die politische Herrschaft ruiniert zur Not sich selbst für ihre Banken, weil sie ohne die Banken sowieso ruiniert ist. Für den Lebensstandard von Sozialhilfeempfängern gilt das nicht. Der Bereitschaft der Politik, für die Banken Milliardensummen locker zu machen, während sie an den Hartz IV-Empfängern jeden Cent spart, entnehmen deutsche Linke nicht die Unverträglichkeit der in dieser Ordnung geltenden Prioritäten mit dem Lebensunterhalt der arbeitenden und arbeitslosen Mehrheit. Sie lernen umgekehrt daraus, dass soziale Härten in dieser Gesellschaft eigentlich unnötig sind, weil es übergenug Geld gibt, das man lauter wohltätiger Verwendung zuführen könnte.

Wohltätig sogar im Sinne der Kapitalisten. Jörg Huffschmid rechnet am Beispiel des amerikanischen Bankenrettungsplans vor, dass soziale Fürsorge und höhere Löhne die ganze Finanzkrise nicht nur verhindert hätten (siehe S. Wagenknecht), sondern auch beim Banken retten das Geld lieber den Hausbauern gegeben werden sollte, statt den Banken faule Kredite abzukaufen.

Darüber denkt inzwischen auch der US-Finanzminister nach. Wenn die Vermögenstitel und Bilanzen der Banken so kaputt sind, dass sie durch Geld von oben gar nicht mehr zu retten sind, dann vielleicht durch einen wieder zuverlässigen Zinsdienst der kleinen Schuldner von unten. Wären deren Hypothekenkredite nicht mehr faul, könnten sich vielleicht auch die mit ihnen besicherten komplizierten Papiere wieder erholen. Und als schöne Nebenwirkung dürften die überschuldeten Hauslehaber zudem in ihren Behausungen bleiben. Immer wieder muss sich die Linke über die Einfallslosigkeit der Mächtigen wundern: Warum nur tun die das nutzlose Böse, anstatt das nützliche Gute? Vielleicht lernt Mr. Paulson ja. Für wahrscheinlich hält es die linke Gemeinde allerdings nicht. Denn neben den praktikablen Vorschlägen zur effektiven Rettung des Finanzsystems wälzen sie die Frage der Gerechtigkeit. Und die stellt sich ja nur, wo einseitige Belastungen und einseitige Vorteile auszuhalten sind. Sie geht also selbst davon aus, dass angesichts der verfahrenen Lage eine gewisse ungerechte „Sozialisierung der Verluste“ der Banken nicht zu vermeiden sein wird.

Gerechtigkeit für die Armen

Ohne Gerechtigkeit kann und darf der Kapitalismus nicht gerettet werden. Die dringend erforderliche Gerechtigkeit kann, wo den Banken die Milliarden nun mal zugeschustert werden müssen, keine soziale und ausgleichende, sie muss strafende Gerechtigkeit sein. Die Anständigen, deren erste Lebensbedingung – die solide Bank – aus privater Profitsucht an die Wand gefahren worden ist, haben ein Recht darauf, dass die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden. Strafe muss sein, unbeschadet dessen, dass die Summen, die den Finanzmanagern strafweise abzunehmen wären, nichts an den Kosten der Bankenrettung ändern. Sie verschafft Genugtuung; und zwar denen, die sowieso alles auszubaden und nichts zu melden haben. Sie haben ein Recht auf die Demonstration, dass es in dieser Ordnung Pflichten auch für andere gibt, und sie insofern als Volksgenossen gleichgestellt

→Fortsetzung Seite 4

„Linke...“ (Fortsetzung)

und ernstgenommen sind. Die mindeste Strafe ist eine „sofortige Belastung der Millionäre durch eine Millionärssteuer“; an deren prozentualer Höhe entscheidet sich die Radikalität des Vorschlags. Da heißt es kalkulieren: Gerät die Forderung zu hoch, blamiert sie sich als unrealistisch, ist sie zu niedrig, wird man womöglich vom Bundeskabinett links überholt. In ihrem Ehrgefühl verletzte Linke können sich aber auch wirklich schlimme Strafen für Finanzjongleure vorstellen: Erziehungshalber einmal so leben müssen wie nicht wenige der Leute, in deren Namen Linke sprechen. „Mindestens ein Jahr lang sollten sie unter den Bedingungen von Hartz IV leben. Dann würden sie am eigenen Leib spüren, wie es ist, wenn man vor der Teilnahme an einer öffentlichen Veranstaltung überlegen muss, ob man sich die Straßenbahnfahrt dorthin leisten kann“ (G. Lang, Bündnis gegen Bankenmacht, 1.11.08).

Zuletzt wird die Krise verboten

Gesellschaftliche Kontrolle ist das Zauberwort, mit dem sich alles Schlechte des Kapitalismus zum Guten wenden lässt. Bankkrise und Fehlspekulation hätte es nie geben können, wenn ehrliche Geschäfte unter dem wachsamen Auge der Gesellschaft abgewickelt worden wären. Die Linkspartei fordert

Europas Flüchtlingspolitik

Abschreckung, Sortierung, Abschiebung – effektiv gelöst und human kommentiert

Seit Jahren versuchen massenhaft Menschen der Armut oder Verfolgung in ihren südlichen Heimatländern zu entkommen und in Nusschalen und Seelenverkäufern auf dem Seeweg europäisches Gebiet zu erreichen, in der Hoffnung auf irgendein Auskommen in den kapitalistischen Metropolen des Nordens. Die Zustände, vor denen sie fliehen sind so schlimm, dass sie sich der Lebensgefahr, mit der diese Flucht verbunden ist, aussetzen, und in der Tat ertrinken Tausende. Die Europäische Union reagiert darauf mit Schutzmaßnahmen, nicht für die armen Teufel in ihren heimischen Elendsquartieren und auch nicht für die von Tode bedrohten und sterbenden Insassen der Flüchtlingsboote. Sie schützt vielmehr ihre Grenzen vor diesen Elendsgestalten. Die sind nämlich weder Volksgenossen, die zu ihrem nationalen Bestand gehören, noch für die Mehrung des Reichtums, der in den EU-Ländern produziert wird, gefragt und zu

eine Kontrolle des Investmentbanking, und zwar eine strenge:

„Gewährleistung ausreichender und zinsgünstiger Kreditversorgung ... speziell für kleine und mittelständische Unternehmen; weitgehende Beschränkung der Aktivität von Banken auf das Einlagen- und Kreditgeschäft; harte Spielregeln; dauerhaftes Verbot von Leerverkäufen; Zurückdrängung und strenge Kontrolle des Investmentbankings, öffentliche Aufsicht von Ratingagenturen, FinanzTÜV.“ (Die Linke, Parteivorstandsbeschluss, 29.9.08)

Öffentliche Ratings, die Finanzgeschäfte als superzuverlässig ausweisen, die „wir“ Linken haben wollen – zum Beispiel Kredite an mittelständische Kapitalisten. Das wär's doch! „Nein!“, sagt die noch radikalere DKP. Sie sieht sich von der Katastrophe und durch den Ernst der Lage zu weitergehenden Änderungen aufgerufen: Als Sofortmaßnahme will sie den Status quo erhalten: „Sicherung der Sparkassen, öffentlichen Banken und des Gemeinschaftswesens vor Privatisierung“ (Erklärung der DKP, 29.10.08). Für die Zukunft peilt sie die Vergesellschaftung der privaten Banken an. Banken in Volkes Hand! Zins- und Spekulationsgeschäfte im Interesse der Arbeiterklasse! Das ist Kommunismus!

sich das Mittelmeer in drei Einsatzgebiete aufgeteilt, operiert weit vor den europäischen Hoheitsgewässern, weiß über die Fluchtrouten genau Bescheid und greift immer öfter Flüchtlinge auf, um sie nach Möglichkeit sofort wieder in ihre afrikanischen Herkunftshäfen zurückschaffen. Die Härte, mit der dabei vorgegangen wird – da werden schon mal Lebensmittel und Treibstoff konfisziert, um den Rückkehrwillen zu befördern, oder Flüchtlinge im Schlauchboot vor der afrikanischen Küste ausgesetzt – gehört zum Handwerk und entspricht dem Auftrag. Schließlich sollen unerwünschte Arme in ihre Slums zurückschaffen werden und, besser noch, dafür gesorgt werden, dass sie sich aus denen gar nicht erst heraus und in die Boote trauen.

Presse, Funk und Fernsehen berichten immer wieder vom Geschehen, vor allem dann, wenn wieder einmal aufgegriffene Flüchtlinge europäische Auffanglager erreichen. Dabei nehmen sie gerne den Standpunkt der Opfer ein, und das sind für sie nicht die halb oder ganz toten Menschen aus den Booten, sondern die europäischen Staaten, die von diesen Menschenmassen „bedroht“ werden. „Die Boote sind voll“ (SZ 23. Juni 2008) vermeldet die SZ stellvertretend für viele und meint damit nicht nur die Flüchtlingsboote, sondern mindestens ebenso sehr die Zielländer. Deren Verantwortliche müssen auf den jährlich wachsenden „Flüchtlingsstrom“ „reagieren“, weil die europäischen Länder eine derartige „Überschwemmung“ selbstverständlich nicht aushalten und solche Massen nicht aufnehmen können. Für dieses Urteil brauchen verantwortungsvolle Journalisten gar nicht nachzuzählen, wie viele Flüchtlinge wo und wie tatsächlich untergebracht werden könnten. Es genügt zu wissen, dass diese Menschen nicht *berechtigt* sind, sich in Europa aufzuhalten. Und dass sie das nicht sind, dafür sorgt das europäische Ausländer- und Asylrecht.

Mit diesem Verständnis für die Sorgen der betroffenen Länder beim Umgang mit derart unliebsamen Störenfriedern betrachtet die Presse das Agieren der Frontex: Bewältigt die Grenzschutzagentur ihre Aufgabe eigentlich ordentlich?, heißt die Frage. Unter diesem Gesichtspunkt zeichnen sich „Licht und Schatten der Frontex-Operationen ab“ (SZ a.a.O.). Als positiv ist zu vermelden, dass wer aufgegriffen wird immerhin nicht ertrunken ist.

In diesem Sinne attestiert die SZ den grenzschützenden Menschenjägern erst einmal ein großes Plus in Sachen Menschlichkeit: „Mit Hilfe von Frontex werden jetzt zahlreiche der Verzweifelten aufgegriffen und auch vor dem Ertrinken gerettet, angeblich 53.000 allein in den vergangenen zwei Jahren.“ (SZ a.a.O.) Der verzweifte Versuch, den unaushaltbaren Umständen im europäischen Vorfeld zu entfliehen, ist damit zwar vereitelt, aber immerhin leben die Verzweifelten noch und können dahin zurückexpediert werden, wo die Verzweiflung entstanden ist. Die europäischen Regierungen machen zunehmend die Grenzen dichter, verschärfen die Zuzugsbedingungen und -verbote, und machen so das Entkommen aus dem Elend zu einer kostspieligen, lebensgefährlichen und ziemlich aussichtslosen Angelegenheit – und die Presse erklärt die Überwachungs- und Abschiebungsmaschinerie, die diesen politischen Willen exekutiert, zu einer Art Gesellschaft zur Rettung Schiffsbrüchiger. Als negativ muss freilich festgehalten werden, dass die Zielgruppe solch menschenfreundlicher Aktionen diese gar nicht zu schätzen weiß und sich ihnen lieber entzieht: „Dadurch, dass die typischen Routen wie jene über Gibraltar oder nach Lampedusa immer stärker überwacht werden, nutzen die Flüchtlinge und ihre Schlepper immer kleinere und damit gefährlichere Boote und immer weitere, ungewöhnlichere Strecken, um nicht entdeckt zu werden.“ (SZ a.a.O.) Ein deutlich gesteigertes Risiko für Bootsinsassen, das viele von ihnen das Leben kostet, und, sehr viel wichtiger, ein eindeutiges Handicap für die Rettungsmannschaft von Frontex, dem diese aber tatkräftig zu Leibe rückt, indem sie „die Flüchtlingsboote ... oft weit vor den europäischen Hoheitsgewässern abfängt und sie, wenn immer das möglich ist, in die afrikanischen Herkunftshäfen zurückbringt.“ (SZ a.a.O.)

An dieser Praxis haben Flüchtlingsorganisationen etwas auszusetzen:

„Bei ihrem Vorgehen gegen Flüchtlingsboote an den europäischen Außengrenzen missachte Frontex geltendes Flüchtlingsrecht und die Menschenrechte, kritisierte die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl ... In internationalen Gewässern und teilweise in Territorialgewässern von Herkunfts- und Transitstaaten würden Flüchtlingsboote zurückgedrängt und verfolgt. Durch die Frontex-Einsätze seien das Mittelmeer und der Atlantik vor Westafrika „zu Massengräbern geworden“. Dabei müssten die EU-Staaten den Flüchtlingen eigentlich Zugang zu fairen Asylverfahren in Europa ermöglichen.“ (Tagesspiegel 13.6.2008)

Rechtens soll es schon zugehen beim Verfolgen, und Abschieben. Soviel Humanität muss sein. Zurückdrängen nur aus europäischen Hoheitsgewässern und „eigentlich“ erst nach Absolvierung eines Asylverfahrens, das in dem Sinne „fair“ zu verlaufen hat, dass alle rechtlichen Vorschriften dabei beachtet werden. Dass Not in Europa kein Asylgrund ist und den meisten der auf hoher See Aufgegriffenen in einem solchen Verfahren beschieden wird, dass sie dahin zurück zu verfrachten sind, woher sie kommen, kann den Menschenfreunden von Pro Asyl nicht fremd sein. Wenn sie dennoch auf den Zugang zu solch einem Verfahren pochen, dann betrachten auch sie die staatliche Umgehungsweise mit den Flüchtlingen von Standpunkt dieser Staaten aus. Wenn die EU schon zwischen „legitimen“ und „illegitimen“ Einwanderern scheidet, dann soll sie auch wirklich nur die abschieben, die sie gemäß ihrer Scheidung nicht haben will: Das ist dann human.

Die EU arbeitet inzwischen an Lösungsansätzen, die den Umgang mit den lästigen Ansturm der Armen ins außereuropäische Vorfeld verlagern sollen. Kein aufwendiges Aufspüren, Zurückdrängen, Sortieren und Abschieben mehr, stattdessen die Internierung der Fluchtwilligen in ihren Heimat- oder deren Nachbarländern, unter Zuhilfenahme der dortigen Behörden. Die europäischen Politiker sind diesbezüglich aktiv: „Vor diesem Hintergrund haben die Innenminister der EU auch zwei Verträge unterzeichnet, die für die Union etwas Neues, fast Revolutionäres, in

Gang bringen könnten: Es geht um Mobilitäts-Partnerschaften.“ (SZ a.a.O.)

Immobilitäts-Partnerschaften wäre die trefendere und ehrlichere Bezeichnung für diese Dinger und von Partnerschaft sollte man angesichts der Einseitigkeit der Erpressungsverhältnisse auch besser nicht reden. Der gar nicht revolutionäre Anspruch der EU darauf, dass die verelendeten EU-Ausländer, die man hier

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

3-08

Das Finanzkapital

I. Die Basis des Kreditwesens: Von der Kunst des Geldverleihs

Anmerkungen zur Krise '08

„Entgeltabkommen“ (ERA) –

ein neuer Manteltarifvertrag für die Metallindustrie:

Lohngerechtigkeit heute

Staatskrise in der Türkei:

Nationalisten zerlegen ihren Staat

Konflikt im Südkaukasus

Russland auf dem Weg in die „Selbstisolation“

Der Armutsbericht: „Viel Lärm um nichts“ - DER SPIEGEL zum Anstieg der Rohstoffpreise und der Rolle der Spekulation - Nach dem „Nein“ zum Vertrag von Lissabon: „Ein Lob den Iren“ (J. Habermas) - Bild am Sonntag: Der geistige Nährstoff für die deutsche Volksfamilie - Russland missbraucht den Fußball für die Nation! - Europas Flüchtlingspolitik: Abschiebung, Abschreckung, Sortierung - „Hilfe und Wiederaufbau für Afghanistan“: Über die Zählbarkeit eines verlogenen Titels für einen fortdauernden Weltordnungskrieg - Die taz zum deutschen Militäreinsatz in Afghanistan - ARD WELTSPiegel - Sonntägliche Spiegellecturen - Obama in Berlin: Ein Führer wie gemalt - Koalitionsbruch und Neuwahlen in Österreich - Qualitätsjournalismus zum Kaukasuskonflikt: DIE ZEIT hält Kriegsrat - Serbien bietet Karadzic für den Anschluss an Europa: Die EU ist begeistert über sich

nicht haben will, gefälligst in den Slums ihrer Herkunftsländer zu verrotten haben, ist der einzige Zweck, den dieses Vertragswerk verfolgt: „Die Union will verhindern, dass Arme aus ihren Heimatländern fliehen, als ‚illegale‘ nach Europa kommen und von dort wieder in ihre Heimat abgeschoben werden, nur um gleich wieder nach der ersten Möglichkeit Ausschau zu halten, ihr Land Richtung Europa zu verlassen.“ (SZ)

Irgendwie soll man das ganze eigentlich als Dienst an den ungebeten Besuchen betrachten. Wenn sie in Europa doch sowieso nicht reindürfen und, falls sie dennoch reinkommen, wieder rausgeschmissen werden, sobald man ihrer habhaft wird, dann ist es doch nur in ihrem Sinne, wenn man ihnen die unmenschlichen Gefährdungen erspart, die sie sich und verbrecherische Schlepper ihnen angesichts der abgeschotteten Grenzen antun. Für diese, edlen Akt der Menschenfreundlichkeit nimmt man afrikanische Staaten in die vertragliche Pflicht. Das jüngst unterzeichnete Pilotprojekt mit den Kapverden sieht hier eine „Zusammenarbeit“ vor:

„Im Zentrum steht die Bereitschaft der beteiligten EU-Länder, Menschen von den Kapverdischen Inseln legale Arbeitsplätze in Europa anzubieten. Im Gegenzug müssten sich die Kapverden verpflichten, Landsleute, die sich illegal in Europa aufhalten, wieder zurückzunehmen und die eigenen Grenzen zu sichern.“ (SZ)

Gegen Völkergefängnisse haben die Regierungen im freien Europa nämlich nichts, wenn die diejenigen einsperren, die sie dort abliefern und festhalten wollen. Die Kapverden sollen ihre Leute verlässlicher als bisher auf ihrem Terrain internieren, um sie damit der EU vom Leib zu halten. Das revolutionäre Partnerschafts-Konzept soll das Vorhaben der potenziellen Bootsflüchtlinge derart im Keim ersticken, dass sie erst gar nicht fortkommen und man sich die Mühe der dauernden Abschieberei erspart. Im „Gegenzug“ verspricht Europa wie bisher zu verfahren und aus dem großen Reservoir der Elendsgestalten, handgezahlten Individuen, die man brauchen kann, die Einreise zu gestatten. Die können dann die Jobs ganz legal machen, die bisher von ihnen sich illegal in Europa aufhaltenden Landsleuten erledigt werden. Die SZ weiß zu berichten, dass „einige Politiker darauf hinweisen, dass viele italienische Familien ohne die – oft illegal im Land lebenden – Altenpfleger und Haushaltshilfen nicht auskämen“.

Ein überzeugenderes Argument für ihre Duldung als die Drecksarbeit, die solche Menschen gezwungenermaßen willig erledigen, gibt es in Europa offensichtlich nicht. ◆

Jour Fixe

in Tübingen, Freiburg und Stuttgart

Tübingen:

dienstags 19 Uhr im Clubhaus, Raum 2

Freiburg:

montags 20 Uhr im Konf-Raum u-asta-Gebäude, Belfortstr. 24;
weitere Infos unter:
<http://www.ideologiekritik.net>

Stuttgart:

donnerstags 19.30 Uhr,
Altes Feuerwehrhaus
(Stgt.-Süd, Möhringer Str. 56)
Termine und Themen in: <http://www.gegenstandpunkt-s.de/disk-s.htm>

gebrauchen. Als nutzlose Hungerleider aber steht ihnen in diesen Ländern kein Lebensrecht zu. Abschreckung, Verfolgung und Abschiebung der Aufgegriffenen sind die sachgerechten Maßnahmen, die sich aus diesem Urteil ergeben.

Dafür wurde u. a. eine Überwachungsagentur namens Frontex geschaffen, deren Aufgabe der „Schutz“ der europäischen Seegrenzen ist. Die verzeichnet hübsche Erfolge. Sie hat